

2.2 Landesherr und Landschaft im alten Wallis

Von Prof. Dr. W. A. Viebeskind.

Vortrag, gehalten an der Jubiläumsversammlung
zum 50jährigen Bestehen
des Geschichtsforschenden Vereins von Oberwallis
am 27. September 1938

I. Das Werden des Walliser Staates

1. Wir sind gewohnt, den Walliser Staat als etwas Naturgegebenes zu betrachten. Gewiß, kaum ein Land bildet eine so natürliche Einheit wie das Wallis. Aber wenn die Beschaffenheit des Bodens die staatliche Einheit befördert hat, ja sie sozusagen fordert, so ist das Werden des Walliser Staates mit dem Hinweis auf die Landkarte noch nicht erklärt.

Wie so wurde das obere Rottental zum Territorium eines Landesherrn, zur patria Vallesii, die schließlich ein souveräner Staat und im 19. Jahrhundert ein Schweizerkanton werden sollte? Das soll der erste Punkt unserer Untersuchungen sein.

2. Karl der Große hatte sein gewaltiges Reich als Einheitsstaat aufgebaut, wenn man diesen modernen Ausdruck für jene Zeit gelten lassen will. Ueberall waren die gleichen Behörden. Der Graf war Vertreter und Ausüßer der königlichen Gewalt im pagus. Einige Herren und geistliche Stifter bekamen zwar ein Immunitätsprivileg für ihre Besitzungen. Damit erhielten

sie aber nur die Rechte und Obliegenheiten, die sonst den Unterbeamten in der Grafschaft zustunden. Dagegen blieben ihre Besitzungen wie die übrigen Teile der Grafschaft, in der sie gelegen waren, der Gerichtsbarkeit des Grafen unterstellt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß zu jener Zeit der pagus Vallensis einem Grafen als Vertreter der königlichen Gewalt unterstund. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, daß u. a. die Kirche von Sitten für ihren Grundbesitz ein Immunitätsprivileg besaß.

3. Der Verfall des karolingischen Staates beginnt schon bald nach Karls Tode. Durch das aufkommende Lehenswesen wird dessen Aufbau mehr und mehr durchbrochen und in seinem Wesen verändert. An die Stelle der Bestallung der Vertreter der Staatsgewalt tritt die Belehnung. Das Amt wird zum Lehen, dieses wird erblich.

Für das Wallis sind wir über den Gang dieser Entwicklung nicht unterrichtet. Erst ihr Ergebnis ist uns bekannt, als um die Jahrtausendwende der König dem Bischof von Sitten den Walliser comitatus schenkt. Was ist Sinn und Inhalt dieser Schenkung?

Sie bedeutet: Der König verzichtet darauf, bei Erledigung des Grafenamtes einen neuen Amts- bzw. Lehnsinhaber zu bestimmen. Er überträgt dem jeweiligen Inhaber des Bischofssitzes durch Belehnung die landgräflichen Befugnisse. Der Bischof erhält somit die Ausübung der königlichen Gewalt in der Grafschaft Wallis.

Die Urkunde von 999, welche die Uebertragung der Grafenwürde auf den Bischof von Sitten meldet, fügt hinzu, daß die Grafschaft mit allen Einkünften auf diesen übergeht. Dieser Zusatz atmet ganz den Geist des Lehenswesens. Zur Zeit des großen Karl, als die Grafenwürde ein reines Amt war, hatte der Graf an Stelle einer Besoldung eine Art Apanage: ihm stunden die Einkünfte eines Teils der in der Grafschaft gelegenen Fiskalgüter und ein Drittel aller Bußen und Gefälle zu.

Ums Jahr 1000 herum liegen die Dinge wesentlich anders. Die Apanage ist zum Hauptinhalt der Grafenwürde geworden. Die Belehnung mit einer Grafschaft erscheint vor allem darum begehrenswert, weil sie Einkünfte bringt.

4. Fast alle Domkirchen und Klöster jener Zeit waren Grundherren oder — um es modern auszudrücken — Großgrundbesitzer. Die Kirche von Sitten macht keine Ausnahme. In der ganzen Grafschaft verstreut und darüber hinaus (Montreug!) hat der Bischof bzw. die Kirche, Grundbesitz. Er läßt ihn durch Meier verwalten, die ihrerseits Unterbeamte haben. Der Bischof ist aber nicht der einzige Grundherr, neben ihm gibt es andere Grundherrschaften im Wallis.

Ursprünglich sind Grafenwürde und Grundbesitz zwei völlig getrennte Dinge. War ein Graf Grundherr, so hatte das mit seiner öffentlich-rechtlichen Stellung nicht mehr zu tun, als wenn heutzutage ein Regierungsrat eine Villa und einen Maiensäß hat. Aber schon früh tritt eine Verquickung von Großgrundbesitz mit öffentlichen Befugnissen ein. Schon zur Karolingerzeit beginnen die Grundherren die niedere Gerichtsbarkeit über ihre Leute auszuüben. Ist der Grundherr im Besitze eines Immunitätsprivilegs, so hat er die niedere Gerichtsbarkeit auch über die auf seinem Gebiete wohnenden Freien. Beim Bischof von Sitten dürfte dies der Fall gewesen sein.

Zur Zeit der Ottonen (10. Jahrhundert) wird nun der Inhalt der Immunität bedeutend ausgedehnt: der Immunist erhält auch die hohe Gerichtsbarkeit, den Blutbann. Praktisch bedeutet das die gänzliche Loslösung seiner Besitzungen aus dem Verbande der Grafschaft. Der Immunist übt nunmehr auf seinem Grund und Boden alle Befugnisse des Grafen aus.

Was bedeutet das für die Walliser Verhältnisse, insbesondere für die Rechte des Bischofs von Sitten als Grundherr und Immunist? Als solcher ist er, wie andere Walliser Herrschaften, wie wir mit Sicherheit vermuten dürfen, bereits von 999 im Besitz des Blutbanns in seinen und der Kirche Grundherrschaften. Er läßt die gerichtlichen Befugnisse, die ihm zustehen, durch

Viztume (vicedomini) ausüben, wie dies in den geistlichen Herrschaften der ganzen abendländischen Christenheit jener Zeit der Brauch ist.

5. Nun wird im Jahre 999 der Bischof von Sitten Landgraf im Wallis. Er wird damit oberster Richter im pagus Vallensis. Für seinen eigenen Grundbesitz bringt diese Verleihung keinen Zuwachs an richterlichen Befugnissen, hingegen ist dies der Fall für das übrige Gebiet der Grafschaft. Mit einer sehr wichtigen Einschränkung jedoch: die Herren, die gleich ihm in den Besitz der Blutgerichtsbarkeit gelangt waren, bleiben von der landgräflichen Gerichtshoheit befreit.

6. Die Uebertragung der gräflichen Rechte auf den Bischof hat noch auf einem anderen Gebiet eine Bedeutung. Wir deuteten bereits an, daß der König dem Bischof die Grafschaft mit allen Einkünften schenkt. Der Sinn dieser Schenkung ist, daß er auf alle Rechte der Krone für ewige Zeiten zugunsten der Kirche von Sitten verzichtet. Der Bischof wird damit weniger Vertreter, als vielmehr Rechtsnachfolger des Königs.

Unter den Einkünften haben wir alle dem königlichen Fiskus zustehenden Rechte zu verstehen, die unter dem Namen Regalien zusammengefaßt werden. Wir würden heute sagen: die staatlichen Monopole. Dahin gehören: der Schutz der Reichsstraße, das Marktregal, das Münzrecht u. a. m.

7. Auf den Trümmern des durch das Lehnswesen völlig umgestalteten karolingischen Staates entstand im 12. und 13. Jahrhundert eine neue politische Macht: die Landeshoheit. Diese war berufen, an Stelle der alten, im Laufe der Zeit gänzlich durchlöcherten Grafschaftseinteilung neue politische Gebilde entstehen zu lassen. Sie hatte zur Grundlage die Häufung von öffentlich-rechtlichen Befugnissen und von Grundbesitz in einer Hand. Grundherrschaft und Hochgerichtsbarkeit sind die Pfeiler der neuen Macht. Landbesitz und Gerichtssprengel decken sich häufig nicht. Durch Kauf, Pfandnahme, Belehnung sucht der Herr seinen Besitz abzurunden. So bietet sein Herrschaftsbereich zunächst den Anblick eines Mosaiks.

Die große Neuerung, die mit den Resten der Vergangenheit aufräumt, ist die Neueinteilung des Gebietes. Ohne Rücksicht auf die bisherigen Grafschaftsgrenzen teilt der Gebieter seine Länder nach Gesichtspunkten ein, die den Bedürfnissen der neuen werdenden Gebietseinheit, für die jetzt die Bezeichnung territorium aufkommt, gerecht werden. Der dominus terrae schafft an Stelle des mittelalterlichen Lehnsstaates den modernen Beamtenstaat. Die Summe seiner Rechte wird unter dem Namen Landeshoheit zusammengefaßt. 1220 u. 1231—32 erkennt das Reich die neue politische Größe der domini terrae an.

Das Wallis hat an der Entwicklung teilgenommen. Ein mächtiges Territorium entstand in seiner Nachbarschaft: Savoyen. Der Graf von Savoyen dehnte seine Macht auf benachbarte Gebiete aus, indem er dort die gräflichen Rechte erwarb: Chablais, Waadt usw. Er greift aber auch in anderer Weise in Nachbargebiete hinüber. Vor allem in den unteren Teil der Grafschaft Wallis, wo die savoyischen Besitzungen von der landgräflichen Gerichtsbarkeit des Bischofs eximiert sind. Kastläne üben hier die landesherrlichen Befugnisse für den Grafen aus. Wie alle Landesherren, hat auch er das Bestreben, den Streubesitz zu beseitigen, indem er auf entlegene Besitzungen verzichtet, um sie gegen Enklaven fremder Herren in seinem Gebiet einzutauschen. Der Vertrag von 1260 zwischen Savoyen und dem Bischof Heinrich von Raron ist ein sprechendes Beispiel dafür.

Auch im Gebiete der Kirche von Sitten, der terra ecclesiae Sedunensis, bidet sich die Landeshoheit aus. Sie gelingt allerdings nur im Gebiete ob der Mors, wo der Bischof der größte Grund- und Lehnherr ist. Allmählich legt sich seine Macht über dieses ganze Gebiet, auch über die Teile, wo er nicht Grundherr ist. Festigung und Ausbildung der Landeshoheit werden zwar durch den Lehnsadel erschwert, dessen der Bischof nur sehr langsam und nur mit Hilfe der gemeinfreien Bauern und Bürger Meister wird. Nach savoyischem Vorbild beginnt auch der Bischof, zur Verwaltung seiner Herrschaften Kastläne einzusetzen.

Dem Werden der bischöflichen Landeshoheit und damit des Staates Wallis stellte sich neben machtpolitischen Schwierigkeiten auch ein Hindernis rechtlicher Art entgegen: das Recht der Grafen von Savoyen, den Bischof mit den Regalien zu belehnen. Wie er in den Besitz dieses Rechtes gekommen ist, bleibt ungeklärt. Die terra ecclesiae Sedunensis war dadurch ein Klientelstaat Savoyens und gehörte in den Machtbereich der werdenden savoyischen Hausmacht. Es ist eine der Merkwürdigkeiten der Walliser Geschichte, daß schließlich das bischöfliche Wallis trotz der Schwäche des geistlichen Oberhauptes zu einem Territorium werden konnte, dessen Landesherr schließlich die Oberherrlichkeit Savoyens mit Hilfe seiner Untertanen abzuschütteln vermochte.

II. Der Ständestaat

1. Der dominus terrae, der seine Besitzungen zu einer Einheit zusammenschweißt, gibt diesen damit ein Eigenbewußtsein. Aus einer Summe von Gebieten wird das Land, die Landschaft, patria. Entstanden ist sie durch den Willen und die Tat des Landesherrn. Aber von Beginn an sucht dieser die Zusammenarbeit mit seinen Untertanen. Die deutsche Schule erkennt wohl das Wesen des mittelalterlichen Ständestaates, wenn sie in ihm eine Dynarchie erblickt, ein Gegenüberstehen von Fürst und Ständen, die sich gegenseitig die Waage halten. Die neue Auffassung des Franzosen Olivier Martin und des Belgiers Louffe scheint mir sein Wesen besser zu erfassen. Landesherr und Stände arbeiten gemeinsam an der Lösung der staatlichen Aufgaben! Nicht aus Zwang, weil er Geld braucht, sondern aus anderen Gründen sucht der Landesherr die Mitarbeit seiner Untertanen. Einerseits hat er das Bedürfnis, bei den Besten des Landes Rat und Unterstützung zu finden. Andererseits braucht es nach alter Auffassung zur Setzung neuen Rechtes der Zustimmung derer, auf die es Anwendung finden soll.

Der Landesherr berät sich mit den Teilen der Bevölkerung seines Gebietes, die eine Macht darstellen: dem Adel, dem Klerus, insbesondere den Prälaten, und den Städten. Die Masse, das ist zu jener Zeit die Bauernsamen, wird nur in ganz wenigen Ländern hinzugezogen. Die Prälaten und der Adel sind in der Regel persönlich anwesend, die Bürgerschaften senden Vertreter. Allmählich beginnt der Vertretungsgrundsatz sich allgemein durchzusetzen: einige Edle und einige Prälaten vertreten die Gesamtheit ihrer Standesgenossen. Der Landtag wird zur Vertretung der Landschaft in ihren Ständen. Der ständische Staat, richtig gesehen, ist eine Pyramide, an deren Spitze der Fürst steht. Fürst und Stände beraten gemeinsam zum Besten des Landes.

2. Im bischöflichen Wallis finden wir den Ständestaat wie anderswo in Europa. Von Savoyen bedrängt und bevormundet, hat der Bischof von Sitten in ganz besonderem Maße die Unterstützung seiner Lehnsleute und sonstigen Untertanen nötig. Aus dem Lehnshof und aus den Besprechungen mit den Vertretern der Untertanen geht das *Consilium generale terrae Vallejii*, der Rat des Landes, der spätere Landrat hervor. Da finden sich die Stände der Landschaft mit dem Landesherrn zu gemeinsamer Beratung zusammen¹⁾. Wie anderswo, sind sie drei an der Zahl.

In dem sehr kleinen Territorium Wallis, das keine Abteien und geistlichen Stifte besitzt (St. Moriz liegt außerhalb des bischöflichen Machtbereichs), beschränkt sich die erste Kurie auf das Domkapitel von Valeria. Dessen Sitzrecht im Landrat des späteren Freistaates erinnert daran, daß dieser ursprünglich eine Ständeversammlung des *Terra ecclesiae Sedunensis* war.

Anfänglich war der Adel ebenfalls im *Consilium generale* vertreten. Aber im Kampfe gegen die Festigung der bischöflichen Landeshoheit wurde er aufgerieben und verschwand.

¹⁾ Die Zusammenarbeit der Stände ist zum ersten Male für das Jahr 1288 belegt, wo dem Kapitel ein Begehren „*nomine nobilium terre Vallejii et communitatum eiusdem loci*“ unterbreitet wird, siehe Gremaud, Documents Nr. 976.

Darum hat der spätere Landrat keine Adelskurie mehr.

In fast allen Ländern wird die dritte Kurie durch die Städte gebildet. Im Wallis werden die Stadt Sitten und die Burgschaften am Rotten vom Bischof schon früh zur Beratung der Landesfachen zugezogen, sie sind ja seine Hauptstütze im Kampfe gegen Savonen und den auffässigen Adel. Die Eigentümlichkeit der Walliser dritten Kurie besteht nun darin, daß diese *communitates* mit Ausnahme der Stadt Sitten vorwiegend bäuerliche Gemeinwesen sind. Die Nähe Italiens, wo es Bauernstädte mit Wall und Graben gibt, dürfte zur Entstehung dieser mehrheitlich bäuerlichen Burgschaften beigetragen haben ²⁾. Mit der Stadt Sitten, der einzigen im bischöflichen Gebiet, bilden sie nun den dritten Stand. Als örtliche Genossenschaften freier Leute, nicht als Bauern, gelangen sie zur Mitregierung. In andern Ländern dagegen bleiben ihre Standesgenossen davon ausgeschlossen und haben nur in ganz seltenen Fällen, so im Tirol, als vierte Kurie neben Adel, Geistlichkeit und den städtischen Bürgerschaften Sitz im Landtag.

Fassen wir zusammen: Im Walliser Ständestaat bilden Bischof und Landrat, das heißt: Der Landesherr mit den Vertretern des Klerus, des Adels und der *communitates* der freien Landleute den Staatswillen.

III. Vom Ständestaat zum Bundesstaat

Seit dem 16. Jahrhundert ist der Adel verschwunden. Die ständisch vertretene Geistlichkeit, d. h. das Domkapitel, stellt keine politische Macht dar, wenn auch dessen Vertreter weiterhin im Landrat ein zeitweise bestrittenes und unterbrochenes Sitzrecht haben. Zu sagen hat es nichts. Der Landrat ist somit zu einer Versammlung geworden, in der praktisch nur noch der dritte Stand Sitz und Stimme hat.

Nach dieser Umwandlung sehen sich die sieben Zenden mit

²⁾ Italienische Einflüsse vermutet auch Imesch, Der Zenden Brig bis 1798, BBG 1930, S. 113.

gemeiner Landschaft gleich. Ihre Ratsboten betrachten sich als deren alleinige Vertreter. Der bündische Aufbau des Walliser Staates vom 16. Jahrhundert an ist aber, wie wir gesehen haben, nicht durch Zusammenschluß freier Gemeinwesen entstanden, sondern durch Wegfall der zwei ersten Stände aus dem ständischen Territorialstaat.

Vollendet wurde die föderalistische Auflockerung des Staates durch ein weiteres Ausscheiden: das des Landesherrn. Schier endlos ziehen sich im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts die Auseinandersetzungen über die höchste Gewalt — wir sagen heute: die Souveränität — hin.

Auf welcher Seite war das Recht? Die Berufung des Bischofs auf die Carolina ist auf alle Fälle nicht stichhaltig. Wenn Karl der Große dem Bischof irgendwelche Rechte verliehen hat, so kann die Uebertragung der höchsten Gewalt keineswegs darin eingeschlossen gewesen sein. Dagegen besaß er durch die Schenkung von 999 und kraft Reichsrecht tatsächlich die landesherrlichen Rechte.

Andererseits ist die von den Landleuten vorgebrachte Erlangung der Unabhängigkeit des Landes *jure gladii* an sich noch keine hinreichende Begründung der Souveränitätsansprüche der Zenden. Sie gibt keine Antwort auf die Frage, wem im Staate die höchste Gewalt zusteht: dem Landesherrn, dem allein übrig gebliebenen dritten Stand oder beiden zusammen. Verständlich wird diese Begründung nur, wenn man vor Augen hat:

Erstens, daß dieser dritte Stand sich mit der Landschaft schlechthin gleichsetzt, und

Zweitens, daß die Führer des katholischen Wallis sich die kalvinistische, auf scholastische Doktrinen zurückgehende Lehre von der Volksouveränität zu eigen gemacht haben. Nach dieser Doktrin hat der Fürst die souveräne Macht nur zufolge Ueberlassung derselben an ihn durch das Volk. Wird er seinen durch Naturrecht und Gesetz auferlegten Pflichten untreu, so kann das Volk diese Macht zurücknehmen.

Mit dieser Theorie rechtfertigten die niederländischen Pro-

vinzen ihren Abfall von der Krone Spaniens. — Bei näherem Zuschauen finden wir sie aber auch während des Streites um die Souveränität zwischen dem Bischof und den Zenden in den Begründungen der Ansprüche der Landschaft. Wenn die Landleute dem Bischof schreiben, sie seinen „ein frñ democratich Regiment“ und ihre Altvordern hätten das Land mit ihrem Blut und Schweiß erobert und sich selbst frei gemacht, so heißt das eben: die Souveränität, die höchste Gewalt, gehört dem Volk, bzw. der Landschaft. Der Fürst empfängt das Recht zur Ausübung der aus der Souveränität fließenden Rechte — die Regalien — aus dessen Händen.

Da die Souveränitätsfrage nicht nach dem besseren Recht, sondern durch Anwendung von Gewalt zugunsten der Zenden gelöst wurde, ward deren Auffassung seit 1634 zur amtlichen Staatsdoktrin. Während in früherer Zeit der Landeshauptmann durch den Bischof mit dem Regalienschwert als dem Wahrzeichen der weltlichen Macht belehnt worden war, mußte er nunmehr zugestehen, daß ihm vom Landeshauptmann als dem Vertreter der souveränen Landschaft bei Amtsantritt dieses Schwert übergeben wurde.

Der alte Ständestaat ist damit endgültig zu Grabe getragen. Die höchste Gewalt ist auf die Zenden allein übergegangen. Der Bischof ist nur noch dem Namen nach Landesfürst. In Wirklichkeit ist er bloß noch Titularoberhaupt eines republikanischen Bundesstaates, aus Auftrag des neuen Souveräns. Wenn 1732 ein Vergleich zustandekommt, wonach ihm inskünftig das Regalienschwert vom Landeshauptmann und vom Dekan von Valeria gemeinsam übergeben werden soll, so wird die Rechtslage dadurch nicht mehr verändert. Es liegt darin weder eine verspätete Zulassung des ersten Standes zum Mitbesitz der höchsten Gewalt neben den Zenden, die sich längst allein als die Landschaft schlechthin betrachten, noch eine rechtliche Besserstellung des bischöflichen Grafen. Vom Beginn des 17. Jahrhunderts an sind die Gemeinden der sieben Zenden alleinige Souveräne der Landschaft, nachdem sie zuerst den Adel, dann die Geistlichkeit und schließlich den Landesherrn selbst aus dem Regiment verdrängt hatten.